



Bundesminister des Auswärtigen
Herrn Heiko Maas
Werderscher Markt 1
10117 Berlin

Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat
Herrn Horst Seehofer
Alt-Moabit 140
10557 Berlin

Berlin, 02.09.2021

Doris Achelwilm, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-73246
Fax: +49 30 227-70246
doris.achelwilm@bundestag.de

Sprecherin für Gleichstellungs-,
Queer- und Medienpolitik
der Fraktion DIE LINKE.

Martina Renner, MdB
Platz der Republik 1 -
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-74818
Fax: +49 30 227-76816
martina.renner@bundestag.de

Sprecherin für Antifaschistische Poli-
tik der Fraktion DIE LINKE.
Obfrau im 1. Untersuchungsausschuss
der 19. Wahlperiode

Medienschaffende aus Afghanistan evakuieren

Sehr geehrter Herr Bundesminister Maas,
sehr geehrter Herr Bundesminister Seehofer,

im Zuge des Abzugsgeschehens der deutschen und internationalen Truppen aus Afghanistan wurde auch Ihrerseits immer wieder die Notwendigkeit einer sicheren und möglichst schnellen Evakuierung von Medienschaffenden und Journalist*innen betont. Die Bundesregierung steht in der Verantwortung, auch diesen Gefährdeten eine sichere Ausreise aus Afghanistan und eine Aufnahme in Deutschland zu ermöglichen.

Unserer Kenntnis nach erreichten und erreichen die zuständigen Stellen insbesondere im Auswärtigen Amt (AA), aber auch im Bundesinnenministerium eine Vielzahl von Hilferufen, Aufnahme- und Evakuierungsbitten. Allerdings erfolgt aus vermutlich diversen Gründen in vielen Fällen keine Antwort oder Rückmeldung seitens Ihrer Behörden.

Wir möchten Sie deshalb erstens nachdrücklich auffordern, das bisherige Prozedere und dessen Wirkung für die Betroffenen zu hinterfragen und unverzüglich eine transparente Kommunikation mit den anfragenden Menschen und Organisationen aufzunehmen. Die Betroffenen und ihre Unterstützer*innen müssen wissen, dass die Fälle weiterhin bei Ihnen geprüft und bearbeitet werden. Sie müssen wissen, ob Informationen fehlen und welche weiteren Schritte auf sie zukommen.

Reporter ohne Grenzen (ROG) hat beispielsweise in den vergangenen zweieinhalb Wochen dem Auswärtigen Amt zahlreiche verifizierte Fälle bedrohter Journalistinnen und Journalisten übermittelt. Die Organisation und damit die Betroffenen warten bis heute vergebens auf eine Mitteilung über den Bearbeitungsstand dieser Listen. Sie werden nicht in Kenntnis gesetzt, ob die von ROG verifizierten Fälle vom AA in nun neu aufzusetzenden Auf-



nahmeverfahren als „besonders gefährdet“ im Sinne der Mitteilung des Ministeriums vom 27. August 2021 eingestuft werden oder nicht. ROG hat nach unserer Kenntnis vor dem 26. August 2021 dem Auswärtigen Amt 65 verifizierte Fälle gefährdeter Medienschaffender übermittelt. Bis zum 30. August 2021 hat ROG dem AA weitere 36 verifizierte Fälle und bis zum 1. September nochmals weitere 50 verifizierte Fälle übermittelt. Dazu gibt es bisher offenbar keine Rückmeldungen oder klare Zusagen, keine transparenten Kriterien oder Verfahren. Die Organisation hatte in allen Fällen die Gefährdungslage nach Kriterien der ausgeübten Tätigkeit bzw. des Engagements und der Bezüge zu Deutschland geprüft und verifiziert.

Weiterhin muss zweitens durch die Bundesregierung schnell und klar kommuniziert werden, ob Menschen, die bereits über deutsche Laissez-Passer-Papiere verfügen, diese auch beim Grenzübertritt in Drittstaaten einsetzen können.

Es ist aus unserer Sicht drittens eine Grundsatzentscheidung betreffend der Aufnahme aus Afghanistan geflüchteter bzw. flüchtender Medienschaffender und Aktivist*innen für Menschenrechte und Demokratie zu fällen, welche der Einzelfallbetrachtung voranzustellen ist.

Jeder weitere unnötige Zeitverlust würde die bisherigen Zusagen der Bundesregierung konterkarieren, die Not und Verzweiflung der Hilfesuchenden vergrößern und Menschenrechte verletzen.

Die Bundesregierung wird sich an der Umsetzung ihrer bisherigen Unterstützungszusagen messen lassen müssen. Wir erwarten, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, damit auch die Medienschaffenden und Aktivist*innen für Menschenrechte, Demokratie und Gleichstellung aus Afghanistan evakuiert und damit die Zusagen der Bundesregierung umgehend umgesetzt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Doris Achelwilm, MdB

Martina Renner, MdB